„From the river to the see, Palastine will be free“ - Antisemitismus und Antizionismus im bundesrepublikanischen Linksextremismus

Von Dr. Udo Baron, Hannover

1. Einleitung und Fragestellung

Am 7. Oktober 2023 überfiel die islamistische Terrororganisation „Bewegung des Islamischen Widerstands“ (**„**Harakat al-Muqawama al-Islamiya“), besser bekannt unter dem Akronym **„**Hamas“[1], unter dem Motto „Al-Aqsa-Flut“ Israel. Anders als bei früheren Angriffen der Hamas wurden diesmal nicht nur Raketen abgefeuert, sondern auch tausende Kämpfer eingesetzt, die die Grenze zu Israel per Land, Luft und Meer durchbrachen. Dabei gingen die Angreifer brutal und wahllos gegen die israelische Zivilbevölkerung vor, verübten Massaker an ihnen und setzten geschlechtsspezifische Gewalt ein. Über 1.000 Israelis verloren ihr Leben, mehr als 5.400 erlitten Verletzungen, rund 240 Personen wurden als Geiseln genommen. Das schlimmste Verbrechen an Jüdinnen und Juden seit der Schoa, der systematischen Vernichtung der europäischen Juden durch die Nationalsozialisten, erschütterte den Staat Israel und seine Bewohner.

[1] Vgl. Peter Wichssmann, Hamas o. D., in: www.kas.de (gelesen am 6. Januar 2025). Die „Hamas“ wurde am 10. Dezember 1987 anlässlich der Intifada im Gaza-Streifen als regionaler Ableger der Muslimbruderschaft durch Scheich Ahmed Yassin und weiteren Muslimbrüdern gegründet. Ihr Name steht für Eifer bzw. Glaubenseifer. Seit ihrer Gründung verfolgt sie mit hoher Militanz die Zerstörung des Staates Israel. Zudem versucht sie sich als innerpalästinensisches Gegengewicht zur Palästinensischen Befreiungsfront (PLO) zu etablieren.

Bereits einen Tag später rief Israel den Kriegszustand aus, schloss die Grenzen zum Gazastreifen und stoppte die Versorgung des Palästinensergebietes mit Strom, Treibstoff und Wasser. Am 10. Oktober begannen israelische Bodentruppen im Rahmen der Operation „Eiserne Schwerter“ ihren Einsatz im Gazastreifen mit dem Ziel, die Hamas zu zerschlagen und die Geiseln zu befreien.

Der Terrorakt der Hamas rückte ein Thema wieder in den Mittelpunkt, welches vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine in der öffentlichen und veröffentlichten Wahrnehmung in den Hintergrund gerückt ist: den antizionistischen Antisemitismus. Die Reaktionen in Deutschland auf diesen Überfall und in seiner Folge auf den erneuten Nahostkrieg verdeutlichen, dass der jüdische Staat und seine Bürgerinnen und Bürger nicht nur für Rechtsextremisten und Islamisten ein Feindbild und Hassobjekt darstellen, sondern auch für Teile der linksextremistischen Szene. Was aber versteht man unter Antisemitismus und Antizionismus? Wie positioniert sich der bundesrepublikanische Linksextremismus zum Judentum im Allgemeinen und zum Staat Israel im Besonderen? Welche Auswirkungen hat der jüngste Nahostkonflikt auf das Verhältnis von Linksextremisten zum Judentum und zum Staat Israel? Was versteht man unter „Islam-Linken“ und welche Gefahren gehen von ihnen aus? Der vorliegende Beitrag möchte diesen Fragestellungen nachgehen und den Versuch unternehmen, sich diesem komplexen Thema anzunähern.

2. Antisemitismus und Antizionis – eine Begriffsklärung

Um die Rolle und Funktion des Begriffs „Antisemitismus“ im Linksextremismus besser verstehen zu können, bedarf es zunächst einer Begriffsklärung. Seit dem 26. Mai 2016 gibt es für den Antisemitismus eine weitgehend anerkannte aber nicht verbindliche Arbeitsdefinition der „International Holocaust Remembrance Alliance“ (IHRA). Sie versteht unter Antisemitismus im Kern „eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort und Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder gegen deren Eigentum, sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.“[2] Zugleich stellt die IHRA mit Blick auf Kritik am Staat Israel klar: „Erscheinungsformen von Antisemitismus können sich auch gegen den Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, richten. Allerdings kann Kritik an Israel, die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden. Antisemitismus umfasst oft die Anschuldigung, die Juden betrieben eine gegen die Menschheit gerichtete Verschwörung und seien dafür verantwortlich, dass `die Dinge nicht richtig laufen´. Der Antisemitismus manifestiert sich in Wort, Schrift und Bild sowie in anderen Handlungsformen, er benutzt unheilvolle Stereotype und unterstellt negative Charakterzüge.“[3]

[2] International Holocaust Remembrance Alliance, Arbeitsdefinition von Antisemitismus, in: www.holocaustremembrance.com (gelesen am 6. Januar 2025).
[3] Ebenda.

Diese Arbeitsdefinition ist zwar vor allem in der Wissenschaft umstritten,[4] sie wird aber dennoch von 31 Staaten unterstützt, darunter auch von der Bundesrepublik Deutschland. Sie ist damit die gebräuchlichste und mit dem größten öffentlichen Rückhalt ausgestattete Antisemitismusdefinition.[5] Die Bundesregierung hat sie zudem hinsichtlich des Staates Israel wie folgt erweitert: „Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.“[6]

Antisemitismus existiert in den unterschiedlichsten Ausprägungen: Es gibt ihn in einer religiösen Form, die sich gegen den angeblich falschen Glauben richtet; es gibt ihn in einer sozioökonomischen Form, die Geldhandel mit dem Judentum gleichsetzt; es gibt ihn in einer politischen Form, die von einer „jüdischen Weltverschwörung“ ausgeht und es gibt ihn in einer rassistischen Form, die in den Juden eine minderwertige „Rasse“ sieht.[7]

Beim Antisemitismus handelt es sich somit in den Worten des Politikwissenschaftlers Armin Pfahl-Traughber um eine

[4] Vgl. Peter Ullrich, Arbeitsdefinition Antisemitismus, Jerusalemer Erklärung, Nexus-Dokument, in: Peter Ullrich et al, Was ist Antisemitismus? Begriffe und Definitionen von Judenfeindschaft, Bonn 2024, S. 68-73, hier: S. 72.
[5] Vgl. ebenda, S. 71.
[6] Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben und gegen den Kampf gegen Antisemitismus, IHRA-Definition, in: www.antisemitismusbeauftragter.de (gelesen am 21.02.2024).
[7] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, „Linker Antisemitismus“ oder „Antisemitismus unter Linken“? Eine Analyse von Fallbeispielen aus Geschichte und Gegenwart, in: Aschkenas. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der Juden, Band 32, Heft 2/2022, S. 333-355, S. 333.

„Sammelbezeichnung für alle Einstellungen und Verhaltensweisen, die den als Juden geltenden Einzelpersonen oder Gruppen aufgrund dieser Zugehörigkeit negative Eigenschaften unterstellen, um damit eine Abwertung, Benachteiligung, Verfolgung oder Vernichtung ideologisch zu rechtfertigen."[8]

Während man allgemein unter „Antisemitismus“ - verkürzt betrachtet - die „Feindschaft gegen Juden als Juden“ versteht, wird der „Antizionismus" als „Ablehnung des Existenzrechtes des Staates Israel, also die Negierung des Anspruchs von Juden auf nationale Selbstbestimmung“ definiert.[9] Nicht selten steckt hinter einer antizionistischen Haltung aber auch ein latenter Antisemitismus. Antizionisten betrachten den Staat Israel als „Kollektivjuden“, machen ihn alleinverantwortlich für den Nahost-Konflikt, sprechen ihm seine Existenzberechtigung ab und wollen ihn letztendlich zerschlagen. Vor allem die rigorose Verdammung des Staates Israel und die damit einhergehende Diskriminierung von Juden wird daher als antizionistischer Antisemitismus bezeichnet.[10]

[8] Armin Pfahl-Traughber, in: Antisemitismus und Israelfeindlichkeit in der Partei "Die Linke". Eine kritische Prüfung einschlägiger Vorwürfe vom 28. Juli 2011, in: www.bpb.de (gelesen am 13. Januar 2025).
[9] Armin Pfahl-Traughber, Antizionistischer Antisemitismus. Über die Besonderheiten im Spannungsfeld von antisemitischer und nicht-antisemitischer Israel-Kritik vom 28. November 2006, in: www.bdb.de (gelesen am 13. Januar 2025).
[10] Vgl. ebenda.

3. Antisemitismus bei den „Klassikern“ des Kommunismus und Anarchismus im 19. Jahrhundert

Antisemitismus im Linksextremismus ist nicht nur eine Erscheinungsform des 20. und 21. Jahrhunderts. Vielmehr lässt er sich auch bei den Klassikern des Kommunismus und Anarchismus nachweisen. So bediente sich bereits der aus einem jüdischen Elternhaus stammende Karl Marx antisemitischer Stereotypen. In seinem Aufsatz „Zur Judenfrage“ aus dem Jahre 1843 fragt Marx beispielsweise: „Welches ist der weltliche Grund des Judentums? Das praktische Bedürfnis, der Eigennutz. Welches ist der weltliche Kultus des Juden? Der Schacher. Welches ist sein weltlicher Gott? Das Geld.“[11] Mit diesen Aussagen bedient Marx ein typisch antisemitisches Klischee: den vermeintlichen Einklang von „Geld“ und „Judentum“.

Auch Michal A. Bakunin, einer der geistigen Väter des Anarchismus, äußerte sich mehrfach antisemitisch, insbesondere gegenüber seinem Konkurrenten und Intimfeind Karl Marx. So meinte er, Marx sei so eifersüchtig, empfindlich und rachsüchtig wie der Gott seines jüdischen Volkes. Die Juden herrschten seiner Meinung nach als wahre Macht über Banken, Handel und Journalismus und bildeten „eine ausbeuterische Sekte, ein Blutegelvolk, einen einzigfressenden Parasiten“.[12]

[11] Karl Marx, Zur Judenfrage, in: Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Berlin-DDR 1978, S. 347-377, hier S.372.
[12] Michail Bakunin, Gesammelte Werke, Berlin 1975, Bd. 3, S. 127. Ders., Persönliche Beziehung zu Marx (Ende 1871) – Auszug, in: Jürgen Mümken/Siegbert Wolf (Hrsg.),

Der Frühsozialist Pierre-Joseph Proudhon bezeichnete 1847 in seinem Tagebuch die Juden als „diese Rasse […], die alles vergiftet, die alles in sich hereinfrißt, ohne sich jemals mit einem anderen Volk zu vermischen“ und forderte, man müsse ihre „Austreibung aus Frankreich“ verlangen, ihre Synagogen abreißen, ihnen keine Anstellung gewähren, endlich auch ihren Kult aufheben. Es ist kein Zufall, daß die Christen sie Gottesmörder genannt haben. Der Jude ist der Feind der Menschengattung. Man muss diese Rasse nach Asien zurückschicken oder sie ausrotten“.[13]

Die kleine Auswahl von Fallbeispielen lässt deutlich antisemitische Grundeinstellungen bei den „Klassikern“ des Kommunismus und Anarchismus erkennen. Antisemitismus war aber kein relevanter Teil ihres ideologischen Selbstverständnisses. So finden sich keine politischen Forderungen, die auf eine beabsichtigte Diskriminierung oder gar Vernichtung von Juden hinauslaufen würden. Zudem muss berücksichtigt werden, dass Marx, Bakunin und Proudhon lange vor der Schoa, dem systematischen Mord der Nationalsozialisten an den europäischen Juden, lebten. Mit dem Wissen über dieses Menschheitsverbrechen hätten sie möglicherweise eine andere

„Antisemit, das geht nicht unter Menschen“. Anarchistische Positionen zu Antisemitismus, Zionismus und Israel, Band 1: Von Proudhon bis zur Staatsgründung, Lich 2013, 80–84, hier: 83.

[13] Pierre-Joseph Proudhon, Carnets, 26. Dezember 1847, zitiert nach Micha Brumlik, Antisemitismus im Frühsozialismus und Anarchismus, in: Ders./Doron Kiesel/Linda Reisch (Hrsg.), Der Antisemitismus und die Linke, Frankfurt am Main 1991, S. 7–16, hier S.12f.

Einstellung gegenüber Menschen jüdischen Glaubens entwickelt und hätten sich dementsprechend auch anders gegenüber Juden geäußert.

4. Antisemitismus und Antizionismus im Linksextremismus nach 1945

In den ersten beiden Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg spielte ein Antizionismus bzw. Antisemitismus innerhalb der bundesrepublikanischen Linken keine weitere Rolle. Vielmehr war sie weitgehend proisraelisch ausgerichtet. So gab es in den 1950er Jahren in dem zur damaligen Zeit noch zur SPD gehörenden „Sozialistischen Deutschen Studentenbund“ (SDS) Initiativen hinsichtlich Wiedergutmachung und Entschädigungszahlungen an einzelne Juden und für die Anerkennung des Staates Israel. SDS und andere linke Gruppierungen betonten sogar, dass man die Judenfeindschaft bekämpfen müsse. Manche von ihnen arbeiteten in den Kibbuzim-Projekten mit. Sympathie für Israel schien als Antwort auf den Holocaust in der bundesrepublikanischen Linken selbstverständlich.[14]

Mit dem Sieg Israels im Sechstagekrieg von 1967 über Ägypten wendete sich das Blatt. Nunmehr wechselte die Linke weltweit die Seiten im israelisch-arabischen Konflikt, so auch in der Bundesrepublik. Israel war in ihren Augen vom Opfer zum Täter mutiert. Nicht mehr Israel, sondern den Palästinensern als vermeintlich

[14] Vgl. Jeffrey Herf, Drei Gesichter des Antisemitismus. Rechts, links und islamistisch, Leipzig 2025, S. 208f.

unterdrücktem Volk galt ihre Solidarität. So kam es, dass Linke den bewaffneten Kampf insbesondere der zum damaligen Zeitpunkt terroristischen „Palästinensischen Befreiungsorganisation“ (PLO) und ihrer Studentenorganisation „Generalunion Palästinensischer Studenten“ (GUPS), deren Ziel die Vernichtung des Staates Israel war, unterstützten. Israel und seine Schutzmacht, die USA, waren dagegen in ihren Augen zum imperialistischen Unterdrücker geworden, wozu der amerikanische Vietnamkrieg wesentlich beitrug.

Vor dem Hintergrund der globalen Entwicklungen und der „Außerparlamentarischen Opposition“ (APO) im eigenen Lande, als dessen Herzstück sich der SDS verstand, legte dieser sich auf seiner alljährlichen Delegiertenkonferenz im September 1967 ein antiimperialistisches Selbstverständnis zu. Der SDS versicherte zwar der jüdischen Bevölkerung, dass sie ein Existenzrecht in „Palästina“ hätten, aber nicht das Recht auf einen eigenen Staat.[15] Zudem präsentierte der SDS im September 1967 eine Nahost-Resolution, in der Israel als der „vorgeschobene Posten des US-Imperialismus“ diskreditiert wurde. Damit verabschiedete sich die westdeutsche Linke von der Solidarität mit Israel und der jüdischen Gemeinschaft in Westdeutschland.[16] Von nun an spielte der Antisemitismus in der bundesrepublikanischen Linken als auch beim westdeutschen Linkterrorismus eine nicht unbedeutende Rolle. Verband er doch aus

[15] Vgl. ebenda, S. 212.
[16] Vgl. Peter Laudenbach, „Latent antisemitische Denkmuster“, Interview mit Wolfgang Kraushaar, in: Süddeutsche Zeitung vom 16. November 2023, S. 9.

der deutschen Geschichte „beliebte“ Feindbilder wie das des Juden als „Unglück für die Menschheit“ mit dem Gefühl, mit der Unterstützung der Palästinenser diesmal auf der richtigen Seite der Geschichte, nämlich der der vermeintlich Unterdrückten, zu stehen.

Eigentlich ist im linksextremistischen Denken für Antisemitismus kein Platz. Insofern kann man auch nicht von einem „linken Antisemitismus“ sprechen, gleichwohl von „Antisemitismus unter Linken“. Das Feindbild der „Jude” existiert im Linksextremismus zwar nicht in der aus dem Rechtsextremismus bekannten Art und Weise. Der zumindest latente Antisemitismus innerhalb der linksextremistischen Szene wird aber immer dann deutlich, wenn der „jüdische Kapitalist" als Inbegriff des „raffgierigen Kapitalisten" erscheint, geheime Mächte im Hintergrund als unsichtbare „Strippenzieher“ ausgemacht werden und Israel als „Jude unter den Staaten" als einzigem Land auf der Welt das Existenzrecht abgesprochen wird.[17] Es handelt sich also vor allem um einen israelbezogenen Antisemitismus, der auf Basis antisemitischer Einstellungen und Ressentiments den jüdischen Staat negativ darstellt.[18] Insbesondere antiimperialistisch ausgerichtete Linksextremisten mit ihrer ausgeprägt antiwestlichen und somit insbesondere antiamerikanischen und antiisraelischen Haltung, übertragen diese Feindbilder auf „den Juden” und davon abgeleitet auf den Staat Israel. Im jüdischen Staat sehen sie in erster Linie den

[17] Vgl. Pfahl-Traughber (Anm. 7), S. 334.
[18] Vgl. Thomas Haury, Israelbezogener Antisemitismusin, in: Ullich (Anm. 4), S. 22.

„Vorposten“ des US-amerikanischen Kapitalismus und Imperialismus im Nahen Osten und unterstellen ihm, die arabische bzw. palästinensische Welt auszubeuten und zu unterdrücken. Die Politik Israels gegenüber den Palästinensern vergleichen sie mit der Politik des nationalsozialistischen Deutschlands gegenüber den Juden. Israelische Militäraktionen setzen sie mit den Taten der Nationalsozialisten gleich und bezeichnen Israel als einen Apartheidstaat. Aus diesem Grunde solidarisieren sie sich mit den Palästinensern und nehmen eine einseitig pro arabische bzw. pro-palästinensische Grundposition ein. In ihrer antizionistischen Grundhaltung kritisieren sie die Außen- und Sicherheitspolitik des Staates Israel massiv, manche von ihnen fordern gar dessen Auflösung. Vor allem die am 9. Juli 2005 von 171 palästinensischen zivilgesellschaftlichen Organisationen gegründete israelfeindliche Kampagne „Boycott, Divestment and Sanctions“ (BDS), die auch von Linksextremisten unterstützt wird, ruft zum wirtschaftlichen und kulturellen Boykott Israels und seiner Produkte auf. Ihr Ziel ist es, den israelischen Staat weltweit zu isolieren, um die „Besetzung und Kolonisation allen arabischen Landes“ zu beenden.

5. Antisemitismus und Linksterrorismus

Mit dem Jahr 1969 wandelte sich das Verhältnis der westdeutschen Linksextremisten zum Staat Israel. Nunmehr blieb es nicht mehr bei verbalen Feindseligkeiten. Physische Gewalt gegenüber Jüdinnen und Juden, selbst Terroranschläge auf jüdische Einrichtungen schienen

plötzlich möglich. So kam es am geschichtsmächtigen 9. November 1969 in Berlin zu einem Bombenanschlag auf das Jüdische Gemeindehaus. Während dort eine Erinnerungsveranstaltung mit 250 Menschen zum Gedenken an den 31. Jahrestag der Reichsprogromnacht stattfand, darunter zahlreiche Holocaust-Überlebende, befand sich eine Bombe im Keller, deren Explosion zahlreiche Menschenleben gekostet hätte. Nur ein technischer Defekt verhinderte letztendlich ein Massaker. Zuvor ausgebildet in palästinensischen Ausbildungslagern in Jordanien, bekannte sich vier Tage später die linksterroristische Gruppe „Schwarze Ratten Tupamaros Westberlin“ des Kommunarden Dieter Kunzelmann zu diesem Anschlagsversuch, mit dem die Täter ein Zeichen gegen Israels Palästinenserpolitik und für den „bewaffneten Volkskrieg“ der Palästinenser setzen wollten. Zugleich riefen sie die deutschen Antiimperialisten zum Kampf gegen die Unterstützer Israels in Westdeutschland auf. In einem am 27. November veröffentlichten Brief unterstellte Kunzelmann der westdeutschen Linken einen „Judenknax“. Zugleich forderte er, den deutschen „Schuldkomplex“ gegenüber Jüdinnen und Juden zu überwinden und bezeichnete den Zionismus als eine „faschistischen Ideologie.“[19] Kunzelmann zeigte mit seinen Worten und Taten die antisemitische Grundeinstellung von Teilen der westdeutschen Linken.

[19] Vgl. Herf, (Anm. 14), S. 218.

Am 13. Februar 1970 setzten unbekannte Täter das Treppenhaus des jüdischen Altersheims der Israelitischen Kultusgemeinde in München in Brand. Sieben Bewohner starben, sechs weitere erlitten schwere Verletzungen – es handelte sich um den bis dato schlimmsten Anschlag auf Jüdinnen und Juden in Deutschland seit 1945. Zwar gab es kein Bekennerschreiben und der Fall ist bis heute nicht gelöst. Dennoch sprechen Indizien dafür, dass auch bei diesem Brandanschlag Linksextremisten, möglicherweise die „Tupamaros Westberlin“ und die mit ihnen verbündeten „Tupamaros München“ beteiligt waren. Eingeleitete Ermittlungen gegen deren Rädelsführer Kunzelmann und Fritz Teufel wurden aber ergebnislos eingestellt.[20]

Akteure der „Rote Armee Fraktion“ (RAF), der „Bewegung 2. Juni“ und der „Revolutionären Zellen“ (RZ) hatten keine Probleme mit antisemitisch geprägten palästinensischen Terroristen zu kooperieren und deren Verbrechen zu legitimieren. So bezeichnete beispielsweise Ulrike Meinhof das Attentat der palästinensischen Terrororganisation „Schwarzer September“ auf die israelische Olympiamannschaft 1972 in München als „antiimperialistisch, antifaschistisch und internationalistisch“, da es sich gegen Israels „Nazi-Faschismus“ gerichtet habe.[21] RAF-Terroristen wie Andreas Baader, Horst Mahler,

[20] Vgl.ebenda, S. 221.
[21] Ulrike Meinhof, „Die Aktion des Schwarzen Septembers in München. Zur Strategie des Antiimperialistischen Kampfes“, abgedruckt bei Herf (Anm. 14), S. 224f.

Gudrun Ensslin oder Ulrike Meinhof ließen sich zudem in palästinensischen Lagern für den bewaffneten Kampf ausbilden.[22]

1976 entführte ein „Kommando Guevara von Gaza“, bestehend aus zwei Terroristen der militanten „Volksfront zur Befreiung Palästinas“ (PFLP) und mit Wilfried Böse und Brigitte Kuhlmann aus zwei Gründungsmitgliedern der RZ, ein Passagierflugzeug der Air France mit 258 Passagieren an Bord, das sich auf dem Flug von Tel Aviv über Athen nach Paris befand, um so inhaftierte Gesinnungsgenossen aus unterschiedlichen Ländern freizupressen. Nachdem die entführte Maschine in Entebbe, dem Flughafen der ugandischen Hauptstadt Kampala, gelandet war, „selektierten“ ausgerechnet Böse und Kuhlmann in der Transithalle alle 77 jüdischen Passagiere von den übrigen Passagieren. Während alle nichtjüdischen Passagiere freigelassen wurden, mussten israelische Staatsbürger und diejenigen, deren Namen einen jüdischen Klang hatten, dableiben.
In diesem Zusammenhang richteten Böse und Kuhlmann als erste Deutsche seit 1945 wieder Maschinenpistolen auf unbewaffnete Jüdinnen und Juden. Als ein Überlebender der Schoa daraufhin Böse seine eintätowierte Häftlingsnummer zeigte, um ihn so an die Selektion der Juden durch die Nationalsozialisten n den Konzentrationslagern zu erinnern, soll Böse erwidert haben, er sei kein Nazi, sondern Idealist. Wäre die israelische Armee nicht eingeschritten, hätte es erstmals seit Ende des II. Weltkrieges wieder zu einem Massaker von Deutschen an Jüdinnen und Juden kommen können. Offenkundig glaubten

[22] Vgl. Ebenda

westdeutsche Linksextremisten wie Böse, Kuhlmann, aber auch Kunzelmann und Meinhof ernsthaft, sie hätten mit der NS-Vergangenheit gebrochen, ohne zu bemerken, dass sie nur alte Vorurteile gegen Juden nunmehr in neuer Form rekapitulierten.[23]

6. Antiimperialisten versus Antideutsche – Autonome zwischen Antizionismus, Antisemitismus und Israelbegeisterung

Zu Beginn der 1990er Jahren veränderte sich die linksextremistische Szene. Das seit dem Untergang der DDR und der Sowjetunion 1989/90 den bundesrepublikanischen Linksextremismus dominierende autonome Spektrum spaltete sich in zwei Lager: zum einen in die antiimperialistisch ausgerichteten Autonomen und zum anderen in die antideutsch ausgerichteten Autonomen. Erstere stehen dem jüdischen Staat, wie bereits in Kapitel 4 erwähnt, kritisch bis ablehnend gegenüber. Ihnen gegenüber stehen die Antideutschen. Sie gehen zurück auf die unmittelbare Zeit nach dem Mauerfall, als sich autonome Antifas, Mitglieder des „Kommunistischen Bundes“ (KB), ehemalige Grüne und Redaktionsmitglieder der Zeitung „Arbeiterkampf“ und der Zeitschrift „Konkret“ zur „Radikalen Linken“ zusammengeschlossen haben. Im Zuge der deutschen Einheit befürchteten diese sich als „antideutsch“ bzw. „antinational“ verstehenden Autonomen ein

[23] Vgl. David Tinnin, Like Father, in: Time vom 8. August 1977. Vgl. Herf (Anm. 14), S. 227.

großdeutsches „IV. Reich“, das als Hegemonialmacht in Europa einen neuerlichen Holocaust an seinen jüdischen Mitbürgern vollziehen würde. Als Ursache meinten sie einen dem deutschen Volk inhärenten und nicht zu überwindenden Antisemitismus ausgemacht zu haben. Sie lehnen aus diesem Grunde nicht nur die deutsche Einheit vehement ab, sondern ebenso einen deutschen Nationalstaat und fordern dessen Auflösung.[24]

Stießen die Antideutschen mit dieser Einstellung innerhalb der autonomen Szene noch weitgehend auf Zustimmung, so kam es mit Beginn des zweiten Golfkrieges Anfang 1991 zu nachhaltigen Zerwürfnissen innerhalb der autonomen Szene über die Haltung des autonomen Spektrums zum Staat Israel und seiner Schutzmacht, den USA. Den Hintergrund bildete die Gleichgültigkeit linksextremistischer Demonstranten gegenüber den irakischen Luftangriffen auf Israel. Angeführt von der Zeitschrift „Konkret“ und Teilen des KB solidarisierten sich die Antideutschen vor dem Hintergrund des Holocaust an den europäischen Juden und der Ablehnung eines fundamentalistischen Islam uneingeschränkt mit dem Staat Israel und qualifizierten jegliche Kritik an der israelischen Regierung als antisemitisch ab. Die islamistischen und nationalistischen Gegner Israels galten ihnen als die gegenwärtigen faschistischen und judenfeindlichen Protagonisten. Im linksextremistischen Umfeld traten die Antideutschen von nun an

[24] Vgl. Udo Baron, Gemeinsamer Hass auf den Staat bei unterschiedlicher Ideologie. Links- und Rechtsautonome im Vergleich, in: Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2011/2012 (I), hrsg. von Armin Pfahl-Traughber, Brühl/Rheinland 2012, S. 98-115.

verstärkt durch Antisemitismusvorwürfe gegen sich als „antiimperialistisch“ verstehende autonome Gruppierungen hervor.[25] Unter dem Eindruck des Afghanistankonflikts und des dritten Golfkrieges 2003 befürworteten Antideutsche nicht nur die Existenz von Armeen, sondern auch militärische Aktionen der USA und ihrer Verbündeten gegen den Irak – eine für Autonome ungewöhnliche Haltung, da sie prinzipiell staatliche Strukturen, Institutionen und Repräsentanten ebenso ablehnen wie jegliche Form von Militär. Im Zuge dessen kam es zum Bruch zwischen den Antideutschen, die bis heute eine Minderheitenposition innerhalb des autonomen Spektrums darstellen, und den die autonome Szene dominierenden sogenannten Antiimperialisten mit ihrer ausgeprägten antiwestlichen, insbesondere antiamerikanischen und antiisraelischen Haltung.[26]

Haben sich Antideutsche und Antiimperialisten in den letzten Jahren wieder angenähert, so haben die Spannungen zwischen beiden Strömungen in der jüngsten Zeit aufgrund des erneuten Nahost-Krieges wieder zugenommen. Während sich die antideutsche Szene erneut bedingungslos mit dem Staat Israel und seinen Bürgerinnen und Bürgern auch durch die Teilnahme an pro-israelischen Demonstrationen solidarisierte, ergriffen die Antiimperialisten reflexartig Partei für die Palästinenser. Sie beteiligten sich ebenso wie

[25] Vgl. Felix Lee, Die Antideutschen – Spaltpilze und Lehrmeister, in: die tageszeitung vom 2./3./4. Oktober 2009, S. 6.
[26] Vgl. Rudolf van Hüllen: „Antiimperialistische“ und „antideutsche“ Strömungen im deutschen Linksextremismus vom 5. Januar 2015, in: www.bpb.de (gelesen am 27. November 2023).

die dogmatischen Linksextremisten, z. B. aus der DKP, an den bundesweiten Solidaritätsdemonstrationen für die Palästinenser, kritisierten dabei Israel vehement unter Ausblendung der Verbrechen der Hamas als „rassistischen Apartheidstaat“ und warfen dem jüdischen Staat einen „Genozid“ an den Palästinensern vor.

Bundesweit kam es nunmehr zu Konflikten zwischen Antiimperialisten und Antideutschen. In Hamburger Schanzenviertel beispielsweise stürmten im Mai 2024 etwa 30 vermummte Antiimperialisten die „Rote Flora“ und besetzten dieses Autonome Zentrum für kurze Zeit. Sie entrollten währenddessen Transparente und eine riesige Palästina-Flagge, dazu skandierten sie Parolen wie „Free, free Palestine“ und „Viva, viva, viva Palästina“. Zudem kritisierten sie eine angeblich antideutsche Dominanz in der „Roten Flora“ und warfen deren Akteuren vor, antiimperialistischen Linken, Palästinensern und Muslimen seit über 20 Jahren den Mund zu verbieten.[27] Darüber hinaus beschimpften sie die dortigen Antideutschen als „Nato-Linke“ und „Israel-Fetischisierer“. [28]

Auch bei der „Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz“ vom 13. Januar 2024 in Berlin, einer vorwiegend von dogmatischen Linksextremisten getragenen Veranstaltung, stand die Palästinasolidarität mit israelfeindlichen Positionen im Mittelpunkt. So

[27] Vgl. Ohne Autor, Kampf um die Rote Flora vom 16. Mai 2024, in: www.taz.de (gelesen am 16. Januar 2025).
[28] Ohne Autor, Wir gegen uns, in: Der Spiegel Nr. 29 vom 13. Juli 2024, S. 30.

waren auch Sympathisanten der Hamas unter den Teilnehmern. Vertreter der 2018 von ehemaligen Mitgliedern der DKP und SDAJ wegen fehlender revolutionärer Perspektive gegründeten „Kommunistischen Organisation“ (KO) sollen die Auflösung des „zionistischen Staates Israel“ gefordert haben.[29]

An der am 14. Januar 2024 in Berlin stattgefunden „Liebknecht-Luxemburg-Demonstration“ skandierten u. a. auch Linksextremisten israelfeindliche Parolen wie „From the river to the sea – Palestine will be free“[30] oder „Yemen, Yemen make us proud! Turn another ship around!“[31] Der Widerstand gegen Israel wurde als „antiimperialistischer Befreiungskampf“ verklärt, ferner konnte eine zunehmende Vernetzung zwischen Linksextremisten und propalästinensischen Akteuren beobachtet werden.

7. „Postkoloniale Linke“ und Antisemitismus/Antizionismus

Der Postkolonialismus ist eine geistige und politische Strömung, die sich seit Mitte des 20. Jahrhunderts in Auseinandersetzung mit der Geschichte des europäischen Kolonialismus und Imperialismus entwickelte. Postkoloniale Linke gehen davon aus, dass die früheren

[29] Vgl. Karin Christmann, Nach judenfeindlichen Ausfällen: Simon Wiesenthal Center verurteilt Rosa-Luxemburg-Konferenz in Berlin vom 18. Januar 2024, in: www.tagesspiegel.de (gelesen am 25. März 2024).
[30] Diese Parole besagt, dass ein Palästinenserstaat ohne Israel vom Fluss Jordan bis zum Mittelmeer entstehen soll. Damit wird zugleich dem Staat Israel sein Existenzrecht abgesprochen
[31] Diese Parole besagt, dass die aus dem Jemen operierenden Huthi-Rebellen weiterhin Schiffe, die durchs Rote Meer Richtung Israel fahren, angreifen sollen.

Kolonien nur politisch befreit seien, jedoch weiterhin durch die Hegemonie eurozentrischer Sichtweisen beherrscht würden. Der Postkolonialismus setzt der Vorstellung einer westlichen Zivilisation, die der Welt Demokratie und Menschenrechte, Fortschritt und Wohlstand gebracht hat, die koloniale Erfahrung vieler Weltregionen entgegen, die den Westen vor allem in Form von Fremdherrschaft und Ausbeutung erlebt hatten. Das westliche Gesellschafsmodell, basierend auf der Grundlage individueller Freiheit, Pluralismus, Marktwirtschaft und Wettbewerb, gilt Postkolonialisten als strukturell zerstörerisch und diskriminierend.[32] Sie führen alle gesellschaftlichen Verhältnisse nicht mehr nur auf einen Kampf zwischen Unterdrückern und Unterdrückten und somit auf den Klassenkampf zurück. Für sie stehen daher auch nicht mehr die Produktionsverhältnisse und somit das Privateigentum an den Produktionsmitteln im Mittelpunkt der Kritik, sondern die auf Sprache und Normen basierenden Machtverhältnisse.[33]

Die postkoloniale Migrationscommunity lehnt eine Assimilation von Migranten als rassistisch ab. Postkoloniale ergreifen von ihrem identitätspolitischen Ansatz her für alle vermeintlich Unterdrückten gleichermaßen unkritisch Partei und verklären sie. Israel ist für sie vor diesem Hintergrund nur ein postkolonialer Staat, der seinen „Siedlungskolonialismus“ mit rassistischen Methoden durchsetzt und

[32] Vgl. Sebastian Conrad, Kolonialismus und Postkolonialismus: Schlüsselbegriffe der aktuellen Debatte vom 23. Oktober 2012, in: www.bpb.de (gelesen am 26. März 2024).
[33] Vgl. Hendrik Hansen, Eine neue Querfront von Linksextremismus und Islamismus? Antiimperialismus und Postkolonialismus als Grundlagen von Antisemitismus, in: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V, Analysen & Argumente Nr. 526 vom März 2024, S. 3.

in der „Tradition eines europäischen Kolonialismus“ steht.[34] Jüdinnen und Juden werden von ihnen wie die früheren Kolonialherren als „weiß“ verstanden und Israel somit als eine „weiße Siedlerkolonie Nichtindigener“[35], die dekolonialisiert werden muss. Ähnlich wie bei den antiimperialistisch ausgerichteten Linksextremisten gilt ihr Mitgefühl aus einem antikolonialen Verständnis heraus ausschließlich den Palästinensern und den Opfern israelischer Vergeltungsschläge. Jüdische Opfer sind ihnen dagegen keine Erwähnung wert. Mit ihnen gibt es keine Solidarisierung. Vielmehr wird die permanente Bedrohung jüdischen Lebens kategorisch ausgeblendet. Nicht mehr der Arbeiter, so scheint es, sondern der Palästinenser ist zum neuen revolutionärem Subjekt der postkolonialen Linken geworden und die Hamas ihr Heros. Den 7. Oktober 2023 heroisieren sie deshalb als Beginn der „Befreiung Palästinas“ von der angeblichen Kolonialherrschaft Israels und feiern die Hamas als „Widerstandskämpfer“. Aus diesem Grunde haben Postkoloniale auch kaum Probleme, gemeinsame Sache mit Antisemiten zu machen. So kursieren in diesen Kreisen Darstellungen Palästinas, auf denen der Staat Israel gemäß der Parole „From the river to the sea, Palastine will be free“ zu Gunsten eines palästinensischen Staates aufgehört hat zu

[34] Jan Weyand, „Postkolonialer Antisemitismus“, in: Ullrich (Anm. 4), S. 54.
[35] Jean-Phillip Becker/Christian Jakob, Linke ohne Leitplanken vom 28. Oktober 2023, in: www.taz.de (gelesen am 26. März 2024).

existieren.[36] Ihr Ziel ist es, ein einseitiges Opfer-Täter-Narrativ zu konstruieren und gesellschaftsfähig zu machen.[37]

Vor allem an Hochschulen, bundesweit und international, hat der postkoloniale Ansatz zurzeit Hochkonjunktur. Zahlreiche antisemitische Vorkommnisse der jüngsten Zeit zeigen vor allem an Hochschulen in Berlin, dass es nicht nur beim Skandieren von Parolen bleibt. So besetzten am 6. Januar 2025 etwa 60 zum Teil vermummte pro-palästinensische Aktivisten für fünf Tage den Audimax der Berliner Alice-Salomon-Hochschule und hinderten Journalisten an der Berichterstattung. Während andere Studenten und Mitarbeiter der Hochschule sich bedroht fühlten,[38] ließ die Präsidentin die Besetzer nicht nur gewähren, sondern hinderte die Polizei daran, einzuschreiten.[39] Bei einem Gespräch zwischen der Hochschulleitung und den Besetzern soll es zu antisemitischen und die Hamas und ihren Terror verherrlichenden Vorfällen gekommen sein.[40] An der Technischen Universität München (TUM) versuchten am 20. Januar 2025 etwa 30 pro-palästinensische Aktivisten, darunter auch Mitglieder der trotzkistischen Hochschulgruppe „Waffen der Kritik“, einen

[36] Vgl. Josef Joffe, Die Hamas mordet und schändet wahllos Kinder und Frauen – und das linke Milieu applaudiert. Was läuft hier gerade falsch? vom 15. November 2023, in: www.msn.com (gelesen am 10. März 2024).
[37] Vgl. Timo Steppat, Wie Linksextremisten die Gaza-Proteste für sich nutzen vom 30. November 2024, in: www.faz.net (gelesen 12. Januar 2025).
[38] Vgl. Heike Schmoll, Strafanzeigen nach Besetzung der Alice Salomon Hochschule, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. Januar 2025, S. 4.
[39] Vgl. Thomas Thiel, Belohnte Radikale. Hochschulpräsidentin behindert die Presse, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. Januar 2025, S. 9.
[40] Vgl. Heike Schmoll, Die Präsidentin und die Polizei, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8. Januar 2025, S.5.

Hörsaal zu besetzen, um eine Diskussion über den Nahostkrieg zu erzwingen. Dabei warfen sie der Hochschule eine „Mitschuld am Völkermord“ in Gaza vor. Möglicherweise die gleichen Personen hatten zuvor den Schriftzug „End Israel“ an eines der dortigen Gebäude gesprayt.[41]

Bereits kurz nach dem Massaker vom 7. Oktober 2023 demonstrierten am 13. November 2023 etwa 100 Studenten der Berliner Universität der Künste in der Eingangshalle mit den Parolen „Stop colonialism“ und „Condem genocide“. Die Innenflächen ihrer Hände hatten sie rot bemalt, angeblich um zu zeigen, dass Israel Blut an seinen Händen habe. Die blutverschmierten Hände riefen aber zugleich Assoziationen an die Bluttat eines palästinensischen Mobs vom Oktober 2000 im Westjordanland an zwei Israelis in Erinnerung. Nach der Tat zeigte einer der Mörder am Fenster seine mit dem Blut der Opfer verschmierten Hände.[42] An der Freien Universität Berlin besetzten Studierende Mitte Dezember 2023 einen Hörsaal. Dabei kam es zu handgreiflichen Auseinandersetzungen mit jüdischen und proisraelischen Studierenden. Auch außerhalb der Hochschulen fanden immer wieder Protestaktionen gegen Israel und Übergriffe auf jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger statt. In der Nacht auf den 3. Februar 2024 hat beispielsweise ein 23-jähriger Student einen 30 Jahre alten

[41] Vgl. Martin Bernstein, Polizei beendet Pro-Palästina-Aktion an der TUM vom 21. Januar 2025, in: www.sueddeutsche.de (gelesen am 22. Januar 2025).
[42] Vgl. Malte Bollmeier/Marianne Max, An Berliner Uni bricht sich der Antisemitismus Bahn vom 30. November 2023, in: www.t-online.de. Ralf Pauli, Kann gemeinsame Trauer verbinden?, in: die tageszeitung vom 21. Dezember 2023, S. 4.

Kommilitonen jüdischen Glaubens in Berlin-Mitte mehrmals ins Gesicht geschlagen und schließlich auf den am Boden liegenden Mann eingetreten, weil dieser gegen israelfeindliche Demonstrationen protestiert hatte.[43] Immer wieder werden zudem auf Demonstrationen von Palästinensern und linken bzw. linksextremistischen Studierenden Parolen wie „Stoppt den Mord, stoppt den Krieg, stoppt den Gaza-Genozid“ skandiert.[44] Unübersehbar schufen Postkoloniale Linke in der letzten Zeit an Universitäten bzw. im studentischen Milieu ein weitgehendes Klima der Angst mit der Folge, dass sich viele jüdische Studierende kaum mehr in Lehrveranstaltungen trauten.

8. Die „Islam-Linke“ – eine neue Querfront?

Bereits einige Zeit vor dem jüngsten Nahostkrieg hat der Antizionismus und Antisemitismus in einigen linksextremistischen Milieus nicht nur in Deutschland zugenommen. Ein Resultat dieser Entwicklung ist die partielle Zusammenarbeit zwischen einigen Linksextremisten und Islamisten, umgangssprachlich unter der Bezeichnung „Islam-Linke“ firmierend. Es handelt sich dabei nicht um eine Kooperation „der Linken“ mit „dem Islam“, sondern um das Zusammenwirken bestimmter Strömungen innerhalb der linksextremistischen und der islamistischen Szene. Zu nennen wären an dieser Stelle auf der einen Seite vor allem Trotzkisten und Teile der Postkolonialen Linken und

[43] Vgl. Silke Fokken/Lukas Hildebrand et al, „Jeden Tag passiert wieder etwas“, in: Der Spiegel Nr. 9 vom 24. Februar 2024, S. 33-35, hier S. 35.
[44] Ohne Autor, Knochenbrüche und Kommunismus vom 8. Februar 2024, in: www.spiegel.de (gelesen am 12. Februar 2024).

auf der anderen Seite bestimmte Ausrichtungen innerhalb des Islams wie dem Salafismus.[45]

Eigentlich bestehen grundlegende inhaltliche und politische Differenzen zwischen beiden Lagern, die eine Querfront verbieten. Während Linkextremisten eine egalitäre und säkulare Gesellschaftsordnung anstreben, verfolgen Islamisten das Ziel eines autoritären und religiösen Staates. Aller ideologischer Differenzen zum Trotz dienen ihnen der Antiimperialismus, der Antirassismus, der Antisemitismus und die Israelfeindlichkeit als die ihre ansonsten unterschiedlichen Welten verbindende Brücke.[46]

Das Phänomen einer Zusammenarbeit zwischen Extremisten ist nicht neu. So kam es beispielsweise in der Weimarer Republik zur aktionsbezogenen Querfront zischen Nationalsozialisten und Kommunisten, z. B. bei dem Streik der Berliner Verkehrsbetriebe 1932. Eine Zusammenarbeit zwischen Linksextremisten und Islamisten bis hin zu gemeinsamen Aktionen z.B. gegen Israel und die USA kann in den letzten Jahren vor allem in Frankreich beobachtet werden. Dort

[45] Der Begriff „Islam-Linke“ wird in der Wissenschaft kritisch gesehen, da er pauschalisierende Zuordnungen vornimmt. So spricht er von der „Linken“ und dem „Islam“ obwohl es sich um bestimmte extremistische Strömungen innerhalb dieser politischen Strömung bzw. Religion handelt. Der Politikwissenschaftler Armin Pfahl-Traughber schlägt daher als Alternative u.a. die Formulierung „eine aus Islamisten und Linksextremisten bestehende `Querfront´“ vor. (siehe auch: Armin Pfahl-Traughber, „Islam-Linke“ – analytische Kategorie oder politisches Schlagwort? Erörterungen zu lagerübergreifenden Kooperationen vom 28. November 2024, in: www.bpb.de (gelesen am 15. Januar 2025).
[46] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, „Islam-Linke“ – analytische Kategorie oder politisches Schlagwort? Erörterungen zu lagerübergreifenden Kooperationen vom 28. November 2024, in: www.bpb.de (gelesen am 15. Januar 2025).

wurde auch der Begriff „Islamo-Gauchisme“ (französisch für „Islam-Linke“) von dem französischen Ideenhistoriker und Rassismus-Forscher Pierre-André Taguieff 2002 mit Blick auf gemeinsame Aktionen von Linken und Islamisten geprägt. Immer wieder protestieren in Frankreich Studierende der extremen Linken gemeinsam mit militanten Islamisten gegen Verfechter einer universalistischen, feministischen und säkularen Linken. Kritik am Islam, selbst seine Analyse, wird von ihnen mit Gotteslästerung gleichgesetzt. In den Sozialwissenschaften soll die „Islam-Linke“ schon so dominant geworden sein, dass sie jeglichen Diskurs, der ihrer Meinung widerspricht, unmöglich macht.[47] 90 Professoren und Forscher forderten deshalb in einem offenen Brief in der französischen Tageszeitung „Le Monde“ dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten.[48]

Zwar stellen „Islam-Linke“ nur eine Minderheit im linksextremistischen Spektrum dar. Mit ihrer Einstellung geben sie aber Stück für Stück das auf Aufklärung, Freiheit, Menschen- und Frauenrechten, Religionskritik und Säkularität sowie auf Wissenschaft und Forschung basierende linke Selbstverständnis auf und verraten somit ihre originären Wertvorstellungen. Zugleich scheinen sie ihr revolutionäres Subjekt, den Arbeiter, aufgegeben und gegen den islamischen Fundamentalisten ausgetauscht zu haben.

[47] Vgl. Christoph Hesse, Sagten Sie „Islam-Linke“? vom 15. März 2021, in: www.taz.de (gelesen am 20. März 2021).
[48] Vgl. Britta Sandberg, Alle sind gleich – theoretisch, in: Der Spiegel Nr. 11 vom 13. März 2021, S. 84.

In Deutschland ist diese Entwicklung noch nicht so weit vorangeschritten wie in Frankreich. Allerdings gibt es beispielsweise mit dem Co-Chefredakteur der linksextremistischen Tageszeitung „Junge Welt“ jemanden, der sich der Auffassung eines Hizbollah-Funktionärs von der „Notwendigkeit eines Bündnisses des islamisch-religiösen Widerstandes gegen Imperialismus und Zionismus mit der säkularen Linken“ anschloss.[49] Zwar schlösse eine solche Zusammenarbeit nicht Kritik an „rückschrittlichen religionsbasierten Moralauffassungen oder engstirnigen Nationalismen“ aus, eine einschlägige Kooperation zwischen Linksextremisten und Islamisten sei gleichwohl in der Zukunft unabdingbar. Die frühere religionspolitische Sprecherin der Partei „Die Linke“, Christine Buchholz, kommentierte die Hamas und Hizbollah[50] wohlwollend und sah in ihnen antiimperialistische Befreiungsbewegungen. Auch die zur Partei „Die Linke“ gehörende trotzkistische Organisation „marx21“ hat eine Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Islamisten erkennen lassen.[51]

[49] Nikolaus Brauns/Dimitri Tsalos, Vorwort der Herausgeber, in: Nikolaus Brauns/Dimitri Tsalos (Hrsg.), Naher und mittlerer Osten. Krieg – Besatzung – Wiederstand, Bonn 2007, S. 7-10, hier S. 8-10. Der gemeinte Akteur der Hizb‘ Allah war der damalige stellvertretende Generalsekretär Scheich Naeem Kasam.

[50] Die Hisbollah (arabisch für „Partei Gottes“) ist eine vorwiegend im Libanon aktive schiitische Organisation. Sie teilt sich in eine politische Partei und eine bewaffnete Miliz. Die Politik und das Selbstverständnis der Hisbollah speisen sich aus islamistischen Positionen, einer revolutionär-schiitischen und anti-westlichen Gesinnung sowie dem Wechselspiel mit libanesischer Realpolitik. Seit ihrer Gründung steht zudem der bewaffnete Kampf gegen Israel im Zentrum ihres Handelns (siehe hierzu auch: Christian Funke, Die libanesische Hisbollah, o. D. in: www.kas.de (gelesen am 29. Januar 2025).

[51] Vgl. Pfahl-Traughber (Anm. 46).

9. Schlusswort und Zusammenfassung

Kritik an der Politik Israels und seinen Repräsentanten muss bei aller Verantwortung, die gerade wir Deutschen gegenüber dem jüdischen Staat und seinen Bürgerinnen und Bürgern haben, möglich sein - und sie ist auch möglich. Im Gegensatz zu dem gängigen Narrativ, dass durch Antisemitismusvorwürfe Kritik am Staate Israel delegitimiert und propalästinensische Stimmen zum Schweigen gebracht werden sollen, haben seit dem 7. Oktober 2023 bundesweit und international unzählige propalästinensische Veranstaltungen stattfinden können – oftmals mit antisemitischen Anklängen und Vorfällen wie die Ereignisse insbesondere an Berliner Hochschulen gezeigt haben. Es, wenn die Kritik als Feindschaft gegenüber Jüdinnen und Juden als Juden erkennbar wurde, haben staatliche Stellen eingegriffen. Dabei wurde abermals deutlich, dass antizionistische und antisemitische Einstellungen nicht nur im Rechtsextremismus und Islamismus existent sind, sondern auch innerhalb der linksextremistischen Szene. Zwar werden entsprechende Haltungen offiziell verurteilt, da sich Linkextremisten formell als antirassistisch und antisemitisch verstehen. Dennoch trifft man auch in diesem Spektrum auf eine gewisse „Tradition“ von Antisemitismus. Sie ist bereits bei den marxistischen und anarchistischen Klassikern anzutreffen, machte selbst vor der Beteiligung von Linksextremisten an terroristischen Anschlägen auf Jüdinnen und Juden nicht Halt und scheint bis in die Gegenwart hinein immer wieder reflexartig abrufbar zu sein. Unter einigen

linksextremistischen Gruppierungen lassen sich auch heutzutage deutliche antizionistische bis hin zu antisemitischen Grundeinstellungen feststellen. Oftmals verschmelzen dabei Antizionismus und Antisemitismus. Vor allem antiimperialistisch und postkolonial ausgerichtete Linksextremisten stehen dem jüdischen Staat kritisch bis ablehnend gegenüber. Sie schweigen zu den Verbrechen von Palästinensern und Muslimen und wollen das Leid der Israeli nicht sehen. Sie nehmen Israel in erster Linie als den Repräsentanten des westlichen Kapitalismus und Imperialismus und Vorposten der USA im Nahen Osten wahr, der vor allem aus ökonomischen und rassistischen Gründen die arabische bzw. palästinensische Welt ausbeutet und unterdrückt. Aus diesem Grunde solidarisieren sie sich bedingungslos mit den Palästinensern und nehmen einseitige pro-arabische bzw. pro-palästinensische Grundpositionen ein.

Nicht jede Kritik am jüdischen Staat ist aber zugleich auch antisemitisch. Vielmehr gilt die Feststellung des Politikwissenschaftlers Armin Pfahl-Traugbher, dass jede Aussage, die eine israelfeindliche Grundposition hat, auch durch eine judenfeindliche Grundposition motiviert sein muss, um sie als antisemitisch zu bezeichnen.[52] Antisemitistische Einstellungen innerhalb der linksextremistischen Szene werden deutlich, wenn angebliche jüdische Prägungen für das israelische Vorgehen verantwortlich gemacht werden. Dies gilt etwa für die Behauptung, der

[52] Vgl. Pfahl-Traughber (Anm. 7).

„jüdische Rachegeist“ erkläre die Palästinenserpolitik. Auch Anspielungen auf Konspirationsvorstellungen können dabei eine Rolle spielen, wenn „die Juden“ als eine „gefährliche Lobby“ oder „geheime Macht“ charakterisiert werden, die im Hintergrund unsichtbar die Strippen ziehen. Derartige Behauptungen übertragen „klassische“ Formen der Judenfeindschaft auf die gegenwärtige Situation. Wird dann noch mit den antisemitischen Feinden von Israel sympathisiert oder gar zusammengearbeitet, sind Grenzen zur Judenfeindschaft in der Praxis bereits überschritten.

Der Antisemitismus ist aber kein konstitutives Element im bundesrepublikanischen Linksextremismus. Antisemitische Einstellungen, gar antiisraelische Vernichtungsphantasien, werden innerhalb der linksextremistischen Szene kaum diskutiert. Es lässt sich daher bislang keine allgemeine Feindschaft gegenüber Jüdinnen und Juden als Juden im Linksextremismus feststellen. Vor dem Hintergrund des Terrorangriffs der Hamas auf Israel und des daraufhin erfolgten Kriegs in Gaza ist - ausgenommen sind die antideutsch und somit proisraelisch ausgerichteten Linksextremisten - aber eine zunehmende Radikalisierung vor allem im antiimperialistisch und antikolonial ausgerichteten Linksextremismus gegenüber Jüdinnen und Juden nicht zu übersehen. Ob aus der pro-palästinensischen Grundeinstellung vieler Linksextremisten und ihrem latenten Antisemitismus eine neue Form der Querfront zwischen Linksextremisten und Islamisten erwächst wie es sie zwischen Rechts- und Linksextremisten beispielsweise während der Weimarer Republik, aber auch in der alten Bundesrepublik

gelegentlich gab, wie der Politikwissenschaftler Hendrik Hansen befürchtet, bleibt abzuwarten.[53] Zumindest so lange die Konflikte zwischen Israelis und Palästinensern ungelöst bleiben, muss weiterhin mit gewalttätigen Übergriffen auch von Linksextremisten auf Menschen jüdischen Glaubens gerechnet werden.

---

[53] Vgl. Hendrik Hansen, Eine neue Querfront von Linksextremismus und Islamismus? Antiimperialismus und Postkolonialismus als Grundlagen von Antisemitismus, in: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V, Analysen & Argumente Nr. 526 vom März 2024, S. 2.